

MEDIENMITTEILUNG

Thun, 4. März 2015

Nationalrat schiebt Frühsexualisierung keinen Riegel vor

EDU bedauert Ablehnung der Schutzinitiative im Nationalrat

Heute hat der Nationalrat die Volksinitiative "Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule" mit 134 zu 36 Stimmen abgelehnt. Die EDU sieht dies als verpasste Chance, Auswüchsen im verfrühten Aufklärungsunterricht Grenzen zu setzen.

Für die EDU ist klar: Eine altersgerechte Sexualaufklärung ist wichtig und hat einen berechtigten Platz in jedem Lehrplan. Das Recht der Kinder auf ein altersgerechtes Grundwissen über die menschliche Fortpflanzung und Entwicklung soll gewahrt bleiben. Noch wichtiger ist eine sinnvolle Prävention um Kinder vor sexuellen Übergriffen zu schützen – genau dies wird im Initiativtext garantiert.

Die EDU hat in den vergangenen Jahren mit Erschrecken festgestellt, dass unter dem Vorwand der Sexualaufklärung massive Grenzüberschreitungen in Kindergärten und Schulen stattfanden. Es kann nicht sein, dass bereits 4-Jährige im Kindergarten zwingend mit offensiver Sexualaufklärung konfrontiert werden. Ebenso fragwürdig ist die Diskussion über Sexstellungen und Sexualpraktiken mit 12-jährigen Schülerinnen und Schülern. Wenn Kinder von Medien, Gesellschaft und Schule dazu angehalten werden, ihre Sexualität so früh wie möglich auszuleben, kann dies gravierende Folgen für die Betroffenen haben – bis hin zur Etablierung von Kinderprostitution an Schulen. Die EDU wehrt sich deshalb gegen eine ideologische Umerziehung der Kinder durch eine verfehlte Sexualaufklärung an öffentlichen Schulen.

Die EDU fordert, dass bei der Sexualaufklärung an Schulen Rücksicht auf die Werte und das Mitspracherecht der Eltern genommen wird. Dieser Grundsatz wird z.B. im UNO-Pakt II, Art. 18, Abs. 4 festgehalten:

"Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Freiheit der Eltern und gegebenenfalls des Vormunds oder Pflegers zu achten, die religiöse und sittliche Erziehung ihrer Kinder in Übereinstimmung mit ihren eigenen Überzeugungen sicherzustellen."

Um diesem Anliegen Geltung zu verschaffen setzt sich die EDU für die Annahme der Schutzinitiative ein.

Für Rückfragen:

Dr. med. Daniel Beutler, Mitglied Initiativkomitee, 079 422 81 83

Andreas Brönnimann, alt Nationalrat EDU/BE, 079 356 29 70

Samuel Kullmann, Politischer Mitarbeiter EDU Schweiz, 079 720 77 86